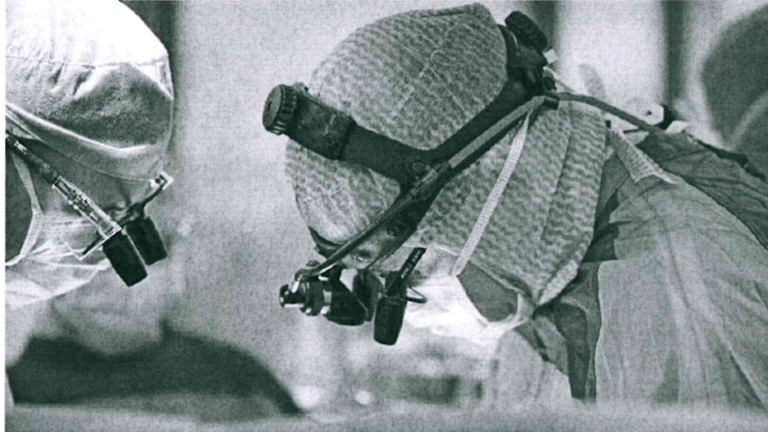


17.2.2015, 05:30 Uhr

Ausländische Ärzte

Gegen ein babylonisches Sprachengewirr im Spital

Simon Hehli 17.2.2015, 05:30 Uhr



Spitalärzte – auch solche ohne Patientenkontakt – sollten eine Landessprache beherrschen, findet der Nationalrat. (Bild: Christian Beutler / NZZ)

Der Ärzteverband macht viel Druck auf Parlamentarier, damit sie bei der Zulassung von ausländischen Spitalärzten hohe Sprachhürden errichten. Beim Ständerat stösst das Lobbying bis anhin auf taube Ohren.

Ständerätin Christine Egerszegi sprach in der Wintersession Klartext: «Ich gebe offen zu, dass mir hier der Lobbyismus der FMH in den falschen Hals geraten ist.» Befremdet hatte Egerszegi, dass der Ärzteverband am Tag vor einer Abstimmung mit einer Informationsveranstaltung versuchte, die Ständeräte auf Kurs zu bringen. Es nützte nichts: Die kleine Kammer lehnte es oppositionslos ab, bei der Sprachkompetenz ausländischer Ärzte hohe Hürden zu errichten. Sie will es dem Bundesrat überlassen, ob dieser auch Ärzten mit schlechten Kenntnissen einer Landessprache eine Zulassung ermöglichen will.

Diese Woche diskutiert nun die Gesundheitskommission des Nationalrates das neue Medizinalberufegesetz – und erneut lobbyiert der Ärzteverband intensiv. Sein Ziel ist, dass die Nationalräte bei ihrer griffigeren Formulierung bleiben: Der Eintrag im Register der universitären Medizinalberufe – eine Bedingung für die Anstellung an einem Spital – soll das Beherrschen einer Landessprache voraussetzen. Ausnahmen sind nicht vorgesehen. Das Nationalratsplenum hatte sich in der Herbstsession bereits für diese Variante ausgesprochen, wegen des Widerstandes der kleinen Kammer müssen die Räte nun aber über die Bücher.

Weniger deutsche Ärzte

Dabei verlaufen die parteipolitischen Fronten im Nationalrat bis anhin ungewohnt: Die SVP brachte die härtere Regelung mithilfe von CVP, Grünen, GLP und BDP durch, während FDP und SP vergeblich dagegen votierten. Aus den Reihen der GLP kommen mit Margrit Kessler sowohl eine der vehementesten Befürworterinnen einer strengeren Linie als auch mit Verena Diener eine der grössten Gegnerinnen. Die Patientenschützerin Kessler berichtet von Patienten, die sich darüber beschwert hätten, dass es beispielsweise am Universitätsspital Zürich Ärzte gebe, die nur auf Englisch kommunizierten. In einem Spital sei sogar ein Patient an einer Entzündung gestorben, weil der behandelnde Arzt ihn nicht verstanden habe, als der Patient auf den Infekt hingewiesen habe. «Das Sprachenproblem wird sich noch verschärfen», sagt die St. Galler Nationalrätin.

Denn der Zustrom von deutschen Ärzten versiegt aufgrund besserer Arbeitsbedingungen in Deutschland, die Schweiz muss ihre Mediziner deshalb in immer weiter entfernten Ländern rekrutieren. So ist etwa in den letzten Jahren die Zahl rumänischer Ärzte stark gestiegen.

Ständerätin Verena Diener sagt, es sei selbstverständlich erstrebenswert, dass Arzt und Patient kommunizieren könnten. Aus diesem Grund plädiert sie auch für eine Ausbildungs-offensive an den medizinischen Fakultäten im Inland. Eine strengere Zulassungsregelung aufgrund der Sprachkenntnisse lehnt sie hingegen ab. Angesichts des derzeitigen Ärztemangels sei eine solche kontraproduktiv. «Wenn ich als Notfall eingeliefert werde, ist es mir doch lieber, wenn da ein fremdsprachiger Arzt ist als gar keiner.»

Den Markt spielen lassen

Die VR-Präsidentin der Solothurner Spitäler AG plädiert zudem dafür, den Markt spielen zu lassen. Ein Patient könne bei einem Eingriff auswählen, in welches Spital er gehen wolle. «Wenn er nun auf Online-Bewertungsplattformen liest, dass ein Spital viele fremdsprachige Ärzte beschäftigt, wird er woandershin gehen», sagt Diener. Deshalb liege es im Interesse der Spitalleitungen, auf die Sprachkompetenz ihrer Angestellten zu achten. Die Spitäler hätten ja auch die Möglichkeit, die frisch engagierten ausländischen Ärzte in Intensivsprachkurse zu schicken oder ihnen vorübergehend Dolmetscher zur Seite zu stellen. Neben solchen grundsätzlichen Überlegungen kritisiert die frühere Zürcher Gesundheitsdirektorin auch den konkreten Gesetzestext aus dem Nationalrat als zu wenig präzise. Das Beherrschen einer Landessprache sei das falsche Kriterium: «Es nützt wenig, wenn ein Arzt, der in Zürich in der Psychiatrie arbeitet, Italienisch kann.»

Auch der Spitalverband H+ setzt sich für die Ständeratslösung ein. Der Arbeitgeber solle sicherstellen, dass das Personal die nötigen Sprachkenntnisse für die spezifische Funktion habe, sagt das Geschäftsleitungsmitglied Conrad Engler. «Es wäre unsinnig, wenn Labormediziner, Pathologen oder Forscher eine Landessprache beherrschen müssten, da sie ja keinen Patientenkontakt haben.» Dieses Argument lässt die grüne Nationalrätin und Hausärztin Yvonne Gilli nicht gelten. Selbst wenn ein Mediziner in einem Spital kaum unmittelbaren Patientenkontakt habe, so müsse er doch in der Lage sein, sich in einer Krisensituation rasch mit den Kollegen zu verständigen. Conrad Engler kontert mit einem Gegenbeispiel. Im Verlauf einer Krebsoperation komme es vor, dass ein Pathologe einen Schnellschnitt, also eine Untersuchung von Gewebeproben, machen müsse. «Stammt der Pathologe beispielsweise aus Indien, kann er sich problemlos mit dem Onkologen auf Englisch verständigen», so Engler. Denn unter den heutigen Spezialisten sei Englisch sowieso die Lingua franca.

Die Schweiz als Insel

FMH-Präsident Jürg Schlup verweist darauf, dass die Nachbarländer von allen Ärzten den Nachweis einfordern, dass sie die jeweilige Landessprache beherrschen. «Wenn wir diese Bedingung nicht voraussetzen, sind wir eine Insel inmitten Europas – und erzeugen somit eine Sogwirkung auf all die Ärzte, die wegen fehlender Sprachkenntnisse nicht in Deutschland oder Österreich arbeiten dürfen.» Schlup wehrt sich gegen den Vorwurf, dass sein Verband übermässig stark lobbyiere. «Was wir verlangen, ist doch im Interesse der Patientensicherheit und der Behandlungsqualität – ich frage mich eher, warum die Gegenseite die striktere Regelung so massiv bekämpft.»

Nationalrätin Gilli meint, die Antwort zu kennen. Die Kantone als Betreiber der Spitäler wollten partout keine härtere Regel. Doch das offen auszusprechen, sei ein

Tabu. «Die Kantone wissen genau, dass wir derzeit zu wenige Ärzte haben – aber sie wollen nicht mehr ausbilden, weil das viel kostet.» Bei der Gesundheitsdirektorenkonferenz heisst es dazu, die Personalplanung sei Sache der Spitäler, die Kantone intervenierten in diesem Bereich selten. Verena Diener ist optimistisch, dass sich am Ende die Ständeratsversion durchsetzt. In der Einigungskonferenz, die sich aus je 13 Vertretern der beiden Kammern zusammensetzt, könnte die Geschlossenheit der Ständeräte den Ausschlag geben. «Damit würden die Patienten und wir halt leben müssen», sagt Schlup. Ein Referendum werde der Ärzteverband sicher nicht ergreifen.

MEHR ZUM THEMA

Ärztemangel

Deutsche Ärzte werden in ihrer Heimat benötigt

27.12.2014, 10:00 Uhr

Gesundheitswesen

Grosse Überkapazitäten in der Spitallandschaft

16.1.2015, 05:30 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.